

Antisemitismusstudie der Bundesregierung kritisiert Kirche

Antisemitismus und die Zustimmung zu antisemitischen Äußerungen seien primär bei religiösen Befragten festzustellen, so erklärt die soeben veröffentlichte Studie der Bundesregierung „Antisemitismus in Deutschland“. Dieses Ergebnis läßt aufhorchen. Studiert man den Text genauer, dann erfährt man, dass 11,3 Prozent der Katholiken, 7,7 Prozent der Protestanten und 6,4 Prozent der Nichtreligiösen im Jahr 2010 antisemitischen Auffassungen zustimmten. Der unabhängige Expertenkreis fragt daher kritisch, inwieweit der christlich-jüdische Dialog zu einer Überwindung antisemitischer Vorurteile in den Kirchen beiträgt und nicht nur auf einer Metaebene stattfindet, die die Mitglieder der Kirchen an der Basis nur selten anspricht. Solche Kritik ist zu hören, doch sie wirft auch Fragen auf.

Dass die Autoren z. B. die Erwartung formulieren, dass der christlich-jüdische Dialog auch Gruppen erreichen müßte, die „am Dogma der Judenmission festhalten“ oder auf den „Überlegenheitsansprüche der christlichen Religion gegenüber Juden“ einwirke, läßt fragen, welche Definition von Antisemitismus der Studie zugrunde liegt. Offenbar ist es ein recht weiter Begriff. Einleuchtende Kriterien dafür, einen Christen, der an der Judenmission festhält, als Antisemiten zu bezeichnen, finden sich jedenfalls nicht.

Grundsätzlich unterscheiden die Wissenschaftler einen sog. „klassischen“ und einen „sekundären“ Antisemitismus. Der erste äußert sich in Feindschaft gegen Juden als Juden. Das heißt, der entscheidende Grund für die artikulierte Ablehnung hängt mit der angeblichen oder tatsächlichen jüdischen Herkunft eines Individuums oder einer Gruppe zusammen, kann sich aber auch auf Israel beziehen, das als jüdischer Staat verstanden wird. Er äußert sich z. B. in dem Vorwurf, die Juden hätten zu viel Einfluß oder sie seien selbst Schuld am Antisemitismus. Er äußert sich auch in tätlichen Angriffen auf Juden oder jüdische Institutionen. Allein für das Jahr 2008 wurden 53 Schändungen jüdischer Friedhöfe gezählt.

Eine viel größere Rolle aber spielt laut der Studie der „sekundäre Antisemitismus“. In diesem spiegeln sich Mutmaßungen und Vorwürfe wider, die erst als Reaktion auf den Holocaust und die Existenz des Staates Israel entstanden sind. Zitat: „Es handelt sich dabei insbesondere um den Vorwurf, Juden zögen Vorteile aus dem Holocaust oder nutzten ihn für ihre Zwecke zulasten deutscher Belange aus ... , sowie um eine mit Antisemitismus aufgeladene Kritik an Israel, die den Staat schlechthin mit „den Juden“ identifiziert und die israelische Politik mit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik gleichsetzt.“

Es verwundert daher nicht, dass die Verfasser eine Verschiebung vom klassischen hin zum sekundären Antisemitismus ausmachen, den sie besonders unter türkisch-muslimischen Jugendlichen ausmachen und der durch arabische Satellitenprogramme sowie durch die Aktivitäten extremistischer islamistischer Gruppen verbreitet wird.

Kennzeichen eines sekundären Antisemitismus seien heute aber bis in die Mitte der Gesellschaft verbreitet. Dabei spielten vor allem eine mit Antisemitismus unterfütterte Israelkritik und die Abwehr von (behaupteten) Schuldvorwürfen wegen der nationalsozialistischen Judenverfolgung eine wesentliche Rolle. Unter diesem Gesichtspunkt kommen für die Studie auch kirchliche Gruppen wieder besonders in den Blick.

Besonders mit ihrer Definition eines „sekundären Antisemitismus“, der mitten in die Auseinandersetzung um die Politik des Staates Israel zielt, wagen sich die Verfasser auf schwieriges Gelände. Eindeutige Kriterien wären hier sicher hilfreich. Sie zu entwickeln, ist gleichwohl nicht einfach.